

Protokoll der ZdK-Vollversammlung am 24. und 25. November 2023 in Berlin

Begrüßung, Geistlicher Impuls

ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp begrüßt die Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sowie alle Gäste und Journalist*innen und eröffnet die Vollversammlung. Dem schließt sich der Geistliche Impuls an, der vom Diözesanrat des Bistums Osnabrück vorbereitet wurde.

Regularien

Die Präsidentin stellt fest, dass die Einladung fristgemäß mit Datum vom 24. Oktober 2023 unter Beifügung des Entwurfs der Tagesordnung erfolgte. Weitere Beratungsunterlagen wurden am 10. und 17. November 2023 versandt.

Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind, d. h., dass 115 der 228 Mitglieder anwesend sein müssen. Da deutlich mehr als 115 Mitglieder anwesend sind, wird die Beschlussfähigkeit festgestellt, die für die gesamte Versammlung gilt. Einstimmig stimmen die anwesenden Mitglieder per Handzeichen dafür, dass auch bei dieser Vollversammlung grundsätzlich die Zahl der anwesenden Mitglieder durch die Anzahl der jeweils abgegebenen Stimmen festgestellt wird.

Mit Blick auf den Beschluss der Tagesordnung weist die ZdK-Präsidentin darauf hin, dass nach dem Beschluss dieser keiner weiteren Anträge gestellt werden können. Sie erläutert, dass bereits acht fristgerecht eingegangene Anträge nebst einem Initiativantrag "Aufruf an die Bundesregierung: Die sozialökologische Zukunft nicht verspielen!" vorliegen. Der Initiativantrag wird durch die Antragsstellende Alexandra Horster vorgestellt. Der Initiativantrag wird angenommen. Dr. Irme Stetter-Karp schlägt der Vollversammlung zur Bearbeitung der Anträge vor, dass Antrag 1 unter TOP 9 und Antrag 2 unter TOP 8 am Samstag beraten werden sollen. Die übrigen Anträge sollen unter TOP 6 in folgender Reihenfolge beraten werden: Zunächst Antrag 6, danach Antrag 3 sowie die Anträge 4 und 8. Dem schließen sich Antrag 5 und 7 an. Der Initiativantrag soll nach der Mittagspause beraten werden. Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen mit einer Gegenstimme angenommen.

An dieser Stelle begrüßt Dr. Irme Stetter-Karp die neuen ZdK-Mitglieder, die mit dem heutigen Tag zum ersten Mal an der ZdK-Vollversammlung teilnehmen und heißt sie herzlich willkommen. Im Anschluss an das Totengedenken und mit dem Dank für die Spenden für die Restaurierung des ZdK-Kreuzes



übergibt die Präsidentin an das Moderationsteam Kerstin Stegemann und Martin Schmidt.

TOP 1 Aktuelle Entwicklungen

Die Präsidentin trägt die "Aktuellen Entwicklungen" vor, die hier abrufbar sind. In diesen geht sie auf eine Vielzahl der gesellschaftspolitischen Herausforderungen wie die Lage in Israel und Gaza sowie seine Auswirkungen in Deutschland und die Migrationspolitik ein. Sie macht sich für das Eintreten für Menschenwürde und Demokratie stark. Weiter geht sie auf die aktuelle Klimapolitik und die sozial-ökologische Transformation ein. Die ZdK-Präsidentin verweist in ihrer Rede auf die familienpolitischen und bioethischen Fragen. Abschließend geht sie auf Synodalität ein.

In der sich anschließenden Aussprache wird für die klaren Worte der Präsidentin gedankt. Dominiert wird die Aussprache von der Diskussion zum Terrorangriff der Hamas am 07. Oktober und der Reaktionen in Deutschland. Es wird die unverbrüchliche Solidarität mit Israel zum Ausdruck gebracht. Auch wird Solidarität mit den Palästinenser*innen gezeigt. Teilweise wird sich eine stärkere Aktivität des ZdK gewünscht und unter anderem ein Austausch mit dem Zentralrat der Juden und muslimischen Vertreter*innen vorgeschlagen. Mit Blick auf die Komplexität werden verschiedene Formate eingefordert. In der Diskussion wird auch auf die verschiedenen Facetten des Antisemitismus eingegangen und vor Pauschalverurteilungen gewarnt.

Außerdem wird auch auf die Kirchenmitgliedschaftsstudie sowie die synodalen Prozesse und den jüngsten Brief des Papstes eingegangen. Es wird für die täglichen Nachrichten von ZdK-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Söding aus Rom gedankt.

Ebenso wird auf den Diskurs in der Migrationspolitik geschaut und der Blick auf die anstehenden Landtagswahlen im kommenden Jahr gerichtet. Auch hier wird teilweise eine stärkere Positionierung eingefordert.

Zum Schluss des TOP gibt Generalsekretär Marc Frings den Hinweis, dass es am Abend einen Weg des gemeinsamen Gedenkens mit Halt am jüdischen Mahnmal geben wird.

TOP 2 Gewalt gegen Israel – Antisemitismus in Deutschland

Zum Thema Gewalt gegen Israel und Antisemitismus in Deutschland gibt es unter der Moderation von Vizepräsidentin Prof. Dr. Claudia Nothelle ein Podium mit Botschafter a.D. Shimon Stein, der freien Journalistin Kristin Helberg, dem Journalisten Dr. Heinrich Wefing (DIE ZEIT) und der Abteilungsleiterin für Afrika und den Nahen Osten bei Misereor Dorothee Klüppel. Ziel des Podiums



ist es, den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 07. Oktober und seine Auswirkungen vor Ort, in der Region sowie in Deutschland zu analysieren und diskutieren.

Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, der nun als Senior Research Fellow am Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS) der Universität Tel Aviv tätig ist, bezeichnet den 07. Oktober als einen grausamen Weckruf, der tief ins kollektive Gedächtnis Israels eingebrannt ist. Der Überfall der Hamas war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und übertraf alle Vorstellungen. Seine Folgen werden Israel, die gesamte Region und die internationale Politik noch lange beschäftigen, so Stein. Er erklärt, dass die Befreiung der israelischen Geiseln höchste Priorität habe. Der Staat habe am 07. Oktober versagt. Er habe die Aufgabe, seine Bürger zu schützen, nicht erfüllt. Nun sei er verpflichtet, das Vertrauen wieder herzustellen und müsse bereit sein, dafür jeden Preis zu zahlen. Stein erläutert weiter, dass es schwierig sei, zu definieren, wann ein Sieg erreicht sei.

Über den neu aufkeimenden Antisemitismus hierzulande zeigt sich Stein erschüttert und betont, dass Jüd*innen in Deutschland nicht sicher seien. Der Antisemitismus grassiere seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aber nach dem 07. Oktober habe eine qualitativ wie quantitativ neue Phase der Unsicherheit der Juden begonnen. Die Deutschen hätten ihren Teil der moralischen Vereinbarung zum "Nie wieder!" bis heute nicht erfüllt.

Dorothee Klüppel berichtet, dass Misereor in Israel, im Gazastreifen und in der Westbank mit kirchlichen wie zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen arbeitet. Die Partner*innen vor Ort eine, dass sie alle unmittelbar betroffen seien und schreckliche Verluste erleiden. In etlichen Partnerorganisationen sind Israelis und Palästinenser*innen gemeinsam tätig, was in der aktuellen Situation enorm herausfordernd sei. Gleichzeitig wiesen die Partner*innen darauf hin, dass die aktuelle Situation auch Chancen für einen Neuanfang böte. Es sei jetzt wichtiger denn je, zu zeigen, dass Zusammenarbeit weiterhin möglich ist.

Dr. Heinrich Wefing zeigt sich überzeugt, dass Israel jedes Recht habe, sich gegen den Überfall der Hamas vom 07. Oktober zur Wehr zu setzen – auch durch den Einmarsch in Gaza. Dieser Einmarsch sei jedoch mit enormen militärischen, politischen und humanitären Risiken verbunden und führe unweigerlich in furchtbare Dilemmata. Die militärische Operation in Gaza gefährde potenziell das Leben der Geiseln, koste israelische Soldaten das Leben und bringe Leid und Tod für die palästinensische Zivilbevölkerung, so Dr. Wefing. Je mehr zivile Opfer es gebe, desto stärker schwinde weltweit die Solidarität mit Israel und befeuere Antisemitismus. Dafür trage zuerst die Hamas die Verantwortung. Die Folgen träfen jedoch unweigerlich auch Israel, erläutert Dr. Wefing.



Kristin Helberg war lang als Korrespondentin in Syrien tätig und betont, dass jede zukünftige Lösung die Sicherheit der Menschen in Israel und bessere Perspektiven für die Bewohner*innen von Gaza garantieren müsse. Dafür brauche es Vertrauen, das kurzfristig nur internationale Akteure wie die USA, Europa und arabische Staaten herstellen könnten. Israel könne der Hamas den Nährboden nur entziehen, indem man den Palästinenser*innen in Gaza und im Westjordanland gleiche Rechte und ein Leben in Würde ermögliche, so Helberg. Mit Blick auf Deutschland erläutert Helberg, dass Jüd*innen sich hier nur sicher fühlen könnten, wenn sie als Verbündete im Kampf gegen Antisemitismus gesehen werden. Dafür werde mehr Weitsicht im Nahostkonflikt, eine präzisere Staatsräson und eine inklusive Holocaust-Erinnerungskultur benötigt, so Helberg.

Zur Situation der Christ*innen ergänzt Dorothee Klüppel, dass auch palästinensische Christ*innen unter Druck seien und von radikalisierten Kräften bedroht würden. Auf die Frage, wie geschlossen die israelische Gesellschaft ist, antwortete Stein, dass Christ*innen seit Jahrzehnten wegen wachsenden Fundamentalismus aus dem Nahen Osten auswanderten.

Mit Blick auf den seit dem 07. Oktober 2023 erkennbar wachsenden Antisemitismus in Deutschland, beschreibt Helberg das Dilemma, dass die offizielle deutsche Position in Israel als einseitig empfunden werde. Palästinenser*innen in Deutschland gewännen den Eindruck, dass sie ihre Wut und Trauer nicht kundtun könnten. Es sei sehr wichtig, die Vielfalt der Perspektiven anzuerkennen. Viele Palästinenser*innen fragten sich, warum sie sich von der Hamas distanzieren sollen, wenn sie niemals an deren Seite standen. Wefing weist darauf hin, dass die Bundesregierung sich nicht bedingungslos an die Seite Israels gestellt habe. Die Justizreform wurde immer wieder verurteilt. Aber migrantische Communities fühlten sich verunsichert und verängstigt und fänden zu wenig Unterstützung. Die Aufforderung des Bundespräsidenten, sich von der Hamas zu distanzieren sei unsäglich. Sowohl jüdische als auch palästinensische Gruppen fühlten sich an den Rand gedrängt. Botschafter a.D. Stein kritisiert, dass Wefing die Situation verharmlose. Jugendliche kämen mit ihrer je eigenen Biographie nach Deutschland und könnten die Zusammenhänge nicht direkt differenzieren. Deutschland habe ein Problem mit der Zuwanderung aus muslimischen Staaten - Kulturen und Zivilisationen stießen aufeinander. Wer komme, müsse sich mit der aufnehmenden Gesellschaft, ihrer Geschichte und ihren Normen abfinden oder anderenfalls zurückkehren. Helberg betont, dass es darum gehen müsse, den Holocaust als Menschheitsverbrechen für Zuwanderer*innen anschlussfähig zu machen und die Geschichte weiterzudenken.

Es werden Fragen aus dem Plenum präsentiert. Zunächst geht es darum, wie Solidarität differenziert und vor allem mit versöhnenden Stimmen in Israel gezeigt werden können. Klüppel weist darauf hin, dass die christliche Minderheit



in der Region besorgt sei, aber letztlich eine Diskriminierung in Israel der Diskriminierung in einem palästinensischen Staat vorziehen würde.

Auf die Frage, ob die Israel-Flagge Ausdruck der Solidarität mit dem Staat oder dem israelischen Volk ist, gibt Stein zu bedenken, dass es hier sehr unterschiedliche Auffassungen gebe. Eine Solidarisierung mit dem Staat Israel ist seines Erachtens notwendig, auch wenn dieser Staat zurzeit eine nichtzufriedenstellende Regierung habe, die Radikalisierungen Vorschub leiste.

Gefragt nach der politischen Perspektive für Israel und Palästina antwortet Helberg, dass es auf beiden Seiten derzeit keine Politiker gebe, die eine Zwei-Staatenlösung vorantreiben könnten. Dem Rückzug müsse eine Lösung folgen, der beide Seiten trauen könnten. Voraussetzung dafür wäre, dass glaubwürdige Personen aus den USA, Europa, den arabischen Staaten und der Zivilgesellschaft am Verhandlungstisch sitzen, welche noch zu finden sind. Auch Wefing sieht momentan keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung. Die arabischen Staaten betrieben seit Jahrzehnten ein zynisches Spiel; die Hamas halte die Bevölkerung im Gaza-Streifen als Geiseln und betreibt Terror im Inneren gegen Frauen und die Opposition. Sie setze auf so viele zivile Opfer wie möglich, um die israelische Regierung in die Enge zu treiben. Es gebe jedoch die Hoffnung und die Erfahrung, dass manche der Kriege in der Vergangenheit zum Umdenken führten. Das bedeute jedoch sehr viel Arbeit. Deutschland dürfe seine Rolle nicht überschätzen; entscheidend seien zunächst die USA und die arabischen Staaten. Deutschland könne vor allem dann aktiv werden, wenn die israelische Sicherheit wiederhergestellt sei, etwa durch solidarisches Handeln und Dialog mit allen Seiten, so Wefing.

Abschließend dankt die ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp allen Beteiligten für das Podium. Sie lädt alle ZdK-Mitglieder herzlich ein zu einem Workshop zu Israel-bezogenen Antisemitismus, der Anfang des nächsten Jahres angeboten wird. Ihr großer Dank geht auch an die Mitglieder des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim ZdK, der seit mehr als 50 Jahren Beiträge zur Verständigung leistet. Dazu wird es am Donnerstag, 30. November 2023 eine Gedenkveranstaltung in Frankfurt geben, zu der die ZdK-Mitglieder ebenfalls herzlich eingeladen sind.

TOP 6 Anträge

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl stellt den Initiativantrag "Aufruf an die Bundesregierung: Die sozialökologische Zukunft nicht verspielen!" zur Beratung vor. Das Anliegen des Antrags bestehe nicht darin, Einzelmaßnahmen zu benennen, sondern zentrale Kriterien aufzuzeigen, die in der Haushaltspriorisierung aus christlicher Sicht beachtet werden müssten. Dies seien Solidarität als vorrangige Option für die Armen, Kinder und Jugendliche einbeziehend, sowie Gerechtigkeit in drei Dimensionen: als Geschlechtergerechtigkeit, als



internationale Gerechtigkeit sowie als intergenerationelle Gerechtigkeit. Im Anschluss an die Vorstellung werden einzelne Änderungsanträge diskutiert und abgestimmt. Abschließend folgt die Gesamtabstimmung über den Initiativantrag. Er wird bei einer Enthaltung und drei Gegenstimmen angenommen.

TOP 3 Katholikentag

Dr. Andreas Kratel stellt den Bericht vor und verweist auf die Vorlage sowie die Anlage zu diesem Protokoll. Er geht zunächst auf den Auftrag und das Ziel der Workshopreihe ein und benennt sodann die wesentlichen Diskussionspunkte (vgl. Anlage).

Monika Bisterfeld erläutert die Anmeldungsmodalitäten für ZdK-Mitglieder zum Katholikentag und kündigt an, diese Hinweise auch per Mail an alle Mitglieder zu versenden. Die Anmeldung werde ab Mitte Januar 2024 möglich sein.

In der anschließenden Aussprache wird nach der Fortsetzung des Prozesses gefragt. Weitere Workshopreihen werden derzeit nicht geplant, im Mai 2024 könnte auf der Vollversammlung eine erneute Beratung stattfinden.

Abschließend laden ZdK-Vizepräsidentin Prof. Dr. Claudia Nothelle und Reinhard Salzmann, Vorsitzender des Erfurter Katholikenrats, alle Mitglieder herzlich zum Katholikentag 2024 nach Erfurt ein.

TOP 4 Bericht des Generalsekretärs

Generalsekretär Marc Frings gibt das Wort an Dr. Olaf Tyllack, der an die Gründung von donum vitae erinnert, um ungeborenes Leben und schwangere Frauen in existenzieller Not nicht im Stich zu lassen. Im September 2024 begehe donum vitae sein 25-jähriges Jubiläum. Die Feier werde auf den 31. Mai 2024 vorgezogen und im Kaisersaal in Erfurt durchgeführt. Er lädt alle ZdK-Mitglieder herzlich ein, daran teilzunehmen.

Marc Frings verweist für seinen Bericht auf die umfangreiche Vorlage.

TOP 5 Gute Chance für alle? – Familienpolitik der Zukunft

Die Präsidentin begrüßt in Namen der Vollversammlung die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus MdB und übergibt ihr das Wort. Die Bundesministerin begrüßt die Vollversammlung und dankt für die Einladung. Sie geht auf den Angriff der Hamas auf Israel und den steigenden Antisemitismus in Deutschland ein und wendet sich dann den familienpolitischen Aufgaben zu. Sie geht dabei auf die Kindergrundsicherung und den familienpolitischen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur ein. Sie benennt



die Familienstartzeit als familienpolitisches Projekt und geht auf das Teilhabechancengesetz ein.

Die Präsidentin bedankt sich für die Rede der Bundesministerin und erwidert , indem sie die Forderungen des ZdK hinsichtlich einer Generationen- und Teilhabegerechtigkeit darstellt. Insbesondere geht Dr. Stetter-Karp in ihren Ausführungen auf die Kindergrundsicherung ein. Weiter betont sie auch die Relevanz des gesellschaftlichen Kompromisses des §218 StGB und wirbt für dessen Erhalt. Weiter weist die Präsidentin auf die zunehmende Zahl antisemitischer, islamistischer und rassistischer Taten hin und kritisiert die geplanten Kürzungen in der Schul- und Jugendsozialarbeit. Abschließend lädt Dr. Stetter-Karp Lisa Paus herzlich zum Katholikentag ein.

Anschließend erhalten vier Vertreter*innen der Vollversammlung das Wort und wenden sich mit Fragen und Anmerkungen an die Bundesministerin. Zunächst spricht Lucia Lagoda, Sprecherin des Sachbereichs 5: "Familie, Generationen, Geschlechtergerechtigkeit". Sie stellt die Kinderarmut in das Zentrum ihres Beitrags. Sie fordert u.a. eine Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums und fragt die Ministerin nach dem Entwicklungspotential des Entwurfs der Kindergrundsicherung hinsichtlich einer strukturellen Vereinfachung der Antragsstellung. Die Ministerin weist in ihrer Entgegnung darauf hin, dass für ein erfolgreiches Programm ein einfacher digitaler Antrag notwendig sei. Außerdem erläutert sie die Kosten für die Leistungsansprüche.

Als nächster spricht Prof. Dr. Bernhard Emunds. Er geht vor allem auf die Familienpflegezeit ein, benennt das Leitbild einer sorgenden Gesellschaft und fordert die Einführung eines existenzsichernden Familienpflegegeldes. Bundesministerin Lisa Paus erwidert, dass in der Haushaltsdebatte Lohnersatzleistungen trotz ihrer Relevanz schwierig unterzubringen seien. Sie nimmt wahr, dass die Diskussion um die Leistungen bei Arbeitgeber*innen wie -nehmer*innen in einer Breite angekommen sei. Auch der Fachkräftemangel erhöhe die Sensibilität bei Arbeitgeber*innen.

Es folgt der Beitrag von Lena Bloemacher, Bundesvorsitzende des BDKJ, die vor allem auf die Perspektive der Jugend eingeht und sichere und verlässliche Unterstützung der Bundesregierung für Jugendsozialarbeit und politische Bildungsarbeit fordert. Sie fragt den Kern der Jugendpolitik auch in Bezug auf die aktuellen Haushaltsfragen an. Bundesministerin Paus erwidert, dass ihr die Konsequenzen ihrer Haushaltsentscheidungen bewusst seien. Sie verweist auf globale Ereignisse wie den Ukrainekrieg, die haushälterische Folgen und damit auch Einfluss auf die Programme ihres Ministeriums hätten.

Abschließend spricht Eva M. Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, zur Engagementpolitik der Bundesregierung und geht auf engagementfreundliche Strukturen ein. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltssituation fragt sie an, ob die Engagementstrategie des Bundes die besondere



Bedeutung des sozialen Ehrenamts wahrnimmt und verbandliche Strukturen sicher unterstützen wird. Bundesministerin Lisa Paus bestätigt die Relevanz des ehrenamtlichen Engagements und die Notwendigkeit entsprechenden Strukturen zur Ermöglichung.

Es folgt die Aussprache, in der der Bundesministerin für ihre Offenheit gedankt wird. Es wird auf die sozialökologische Transformation hingewiesen und für das Konzept "atmende Lebensläufe" hingewiesen. Auch wird auf die Herausforderung der steigenden Einsamkeit in der Gesellschaft und die Rolle haushaltsnaher Dienstleistungen hingewiesen. Es wird gemahnt, dass es durch Neuregelungen in der Familienpolitik nicht zu Schlechterstellungen kommen dürfe. Die Bundesministerin reagiert auf die Beiträge und bedankt sich für den Austausch. Sie weist auf die haushälterische Notwendigkeit von Streichungen hin und betont die Schwierigkeit in der Auswahl. Mit Blick auf das Thema Einsamkeit gebe es eine Kampagne seit 2022. Eine umfassende Strategie werde vor Jahresende verabschiedet. Mit Blick auf die Migrationspolitik bestärkt sie, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei.

Prof. Alexander Filipovic stellt den zuvor in der Vollversammlung verabschiedeten "Aufruf an die Bundesregierung: Die sozialökologische Zukunft nicht verspielen!" vor und übergibt ihn an die Bundesministerin zur Übermittlung an die Bundesregierung. Die ZdK-Präsidentin dankt der Bundesministerin für Ihren Besuch und verabschiedet sie.

TOP 6 Anträge (Fortsetzung)

Die acht fristgerecht eingegangenen Anträge wurden den ZdK-Mitgliedern über die Plattform Antragsgrün für Änderungsanträge zugänglich gemacht. Da einige Änderungsanträge eingebracht wurden, hat das Präsidium Antragskommissionen damit beauftragt, die Anträge zu sichten und entsprechende Empfehlungen auszusprechen.

Die Anträge A1, A2 und A7 sowie der IA1 werden in den thematisch entsprechenden TOP behandelt. Alle Beschlüsse sind <u>hier</u> öffentlich einsehbar.

Zum Antrag 6 "Armut junger Menschen beenden und ihre gerechte Teilhabe sichern – Zukunftschancen für Alle eröffnen!" führt Martin Buhl in den Antrag ein. Für die Antragskommission spricht Dr. Anna Grebe. Die Änderungsanträge werden gemäß der Geschäftsordnung bearbeitet. Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag 3 "Bildungsgerechtigkeit sichern: BAföG ausbauen – nicht einsparen!" wird mit zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen angenommen.

Marie von Manteuffel stellt vor den Antrag 4 "Eintreten für Menschenwürde und Demokratie – Aufstehen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Hetze" vor und ergänzt, dass er als eigenständiger Antrag zurückgezogen wird und textlich in den Antrag 8 "Demokratie stärken – Demokratiefeindlichkeit,



Rechtspopulismus und Rechtsextremismus widersprechen!" eingeht. Dr. Regina Heyder führt in diesen Antrag ein. Prof. Dr. Clemens Ladenburger spricht für die Antragskommission und empfiehlt die Zustimmung zu allen Änderungsanträgen außer Ä6. Die Antragstellenden sind einverstanden. Die Antragskommission empfiehlt die modifizierte Annahme von Ä6. Die Empfehlung wird abgelehnt (Ja 40 | Nein 88 | Enthaltungen 3). Der Änderungsantrag Ä6 wird angenommen (Ja 89 | Nein 38 | Enthaltungen 12). Der adhoc-Änderungsantrag zum Titel wird angenommen (Ja 123 | Nein 10 | Enthaltungen 3). Der Antrag wird mit 129 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Nicole Podlinski stellt den Antrag 5 "Ernährungs- und Agrarwende jetzt!" vor. Gudrun Lux spricht für die Antragskommission. Der Antrag wird mit 113 Jastimmen bei 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Auf Grund der Anwesenheit der Teilnehmenden des nächsten Tagesordnungspunktes wird der GO-Antrag auf Vertagung der Beratung des Antrags 7, Causa Hengsbach" gestellt und angenommen (Ja 79 | Nein 41 | Enthaltungen 7).

TOP 7 Aufarbeitung

ZdK-Vizepräsident Wolfgang Klose begrüßt Pater Professor Hans Zollner SJ und Kai Christian Moritz sowie Joachim Frank für die Moderation. Pater Hans Zollner SJ beginnt seinen Vortrag, indem er den Laien den Spiegel vorhalten möchte. Für ihn habe der Begriff des Systems im Zusammenhang mit dem Missbrauch in der Kirche zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das System der Kirche bestünde aus Personen, Strukturen, Prozessen und Inhalten, die alle für eine Haltungsänderung in Bezug auf den Umgang mit Missbrauch hinterfragt werden müssten. Er bekräftigt, dass man sich sowohl auf diözesaner Ebene als auch im ZdK fragen müsse, welche Veränderungen hin zu einer sichereren Kirche unternommen wurden. Das Verständnis des Systems Kirche sei auch im interkulturellen Zusammenhang unterschiedlich ausgeprägt. Der Begriff des Systems sei in Rom angekommen, aber er müsse noch eingebunden und kulturell definiert werden.

Im Anschluss an den Vortrag von Pater Hans Zollner SJ spricht Kai Christian Moritz. Er betont zu Beginn, dass er als ein Betroffener sprechen könne, aber nicht mandatiert sei, für alle Betroffene zu sprechen. Den Umgang mit der Missbrauchskrise bezeichnet er als Abnutzungskrieg, da häufig die Versuche zu Gesprächen ohne wirkliche Änderungen enden würden. Er verweist auf den Unterschied zwischen Erlösung und Lösung des Problems und kritisiert die häufige Verwechslung. Für ihn sei entscheidend, dass das Hören eine Haltungsänderung hervorrufen würde, die dann zum Handeln führe. So kritisiert er, dass die verschiedenen gegründeten Gremien von Expertenrat und Sachverständigenrat als Verantwortungsverdunstungsvorgang gesehen werden könnten.



Die Referenten sind sich einig, dass nicht nur auf vatikanischer und bischöflicher Ebene die Verantwortung zu tragen sei, sondern auch die Lai*innen auf Gemeindeebene ihre Verantwortung reflektieren und aus der Betroffenheit eine Aktion entwickeln müssten. Kai Christian Moritz kritisiert, dass viele nicht nur Unbehagen bei dem Thema Missbrauch verspürten, sondern auch eine Arroganz vorhanden sei, auf der richtigen Seite zu stehen.

In der anschließenden Diskussion wird angefragt, welche Aktionen bis zur nächsten Session der Weltsynode sinnvoll wären, um an den systemischen Fragen zu arbeiten. Pater Zollner SJ verweist darauf, dass es entscheidend sei, auch in den Verbänden sich die Abläufe anzuschauen, die Missbrauch und Vertuschung ermöglicht hätten. Außerdem wird diskutiert, ob es bei der Missbrauchsthematik eine deutsche Sondersituation gebe und wie man anthropologisch sexualisierte Gewalt einordnen könne. Pater Zollner verweist darauf, dass die gleichen Probleme in allen Teilen der Welt und der Kirche zu finden seien. Anthropologisch verbinde sexuelle Gewalt die zwei menschlichen Grundimpulse von Aggression und Sexualität. Kai Christian Moritz erläutert, dass Missbrauch, wenn man den Glauben an die Gottesebenbildlichkeit ernst nehmen würden, als blasphemische Tat zu verstehen sei. Es wird auf die Bedeutung von sexueller Bildung verwiesen.

Hinsichtlich einer Bewertung der Aufarbeitungsarbeit des ZdK und der Deutschen Bischofskonferenz verweist Kai Christian Moritz darauf, dass man sich nicht auf eine Bewertung oder ein Endergebnis orientieren könne, sondern vielmehr die Permanenz der Aufarbeitung anerkennen müsse. In diesem Sinne sei es zu früh für eine Bewertung. Mit Blick auf den Synodalen Weg wird angefragt, ob er als Reaktion auf den systemischen Missbrauch der falsche Hebel gewesen sei. Pater Hans Zollner SJ schließt damit, dass kleine Bewegungen und Veränderungen schon sichtbar seien, jedoch noch immer Missbrauch als Randthema verstanden werde.

Wolfang Klose bedankt sich für den Austausch und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Anträge (Fortsetzung)

Katharina Norpoth führt in den Antrag 7 "Causa Hengsbach" ein. Ein Änderungsantrag wird gemäß GO bearbeitet. Der Antrag wird mit 93 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

TOP 8 Synodalität

ZdK-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Söding berichtet von der Weltsynode in Rom. In seinen Ausführungen geht er auf die Zusammensetzung der Synode, die Themen sowie den Zwischenbericht ein. In der anschließenden Aussprache wird auf die internationale Vernetzung eingegangen; hier wird auch Nachbesserungsbedarf identifiziert. Außerdem werden mögliche Stoppschilder aus



Rom, die teilweise als Damoklesschwert gesehen werden, diskutiert. Es wird an die Ernsthaftigkeit des Synodalen Weges erinnert.

Die ZdK-Präsidentin führt in den Antrag zum Beschluss über die Satzung des Synodalen Ausschusses ein und berichtet von der konstituierenden Sitzung des Ausschusses am 10. und 11. November 2023 sowie der gemeinsamen Arbeit mit der Bischofskonferenz im Vorfeld. Sie berichtet von dem breiten Engagement und erläutert, dass aufgrund der noch nicht abschließend geklärten Finanzierung weiterhin personelle Ressourcen fehlen. In der Aussprache wird die Synodalität auf allen Ebenen als notwendig herausgestellt. Auch wird die Frage der Öffentlichkeitsarbeit des Synodalen Ausschusses diskutiert und eingefordert. Daneben wird auch gefordert, die Diözesanräte jener Bischöfe einzuladen, die ihre Teilnahme am Synodalen Ausschuss dauerhaft ablehnen. Kurz angerissen wird die geschlechtergerechte Besetzung der Kommissionen. Erzbischof Koch berichtet kurz zu den Diskussionen innerhalb der Bischofskonferenz zur Satzung und geht auf die unterschiedlichen Strömungen ein. Auch die Präsidentin reagiert auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der Lai*innenschaft.

Antrag 2 zum Beschluss über die Satzung des Synodalen Ausschusses wird per Aufstehen abgestimmt. Bei drei Gegenstimmen wird die Satzung mit großer Mehrheit beschlossen.

TOP 9 Zwischenberichte der Leitbild- und Satzungskommission

ZdK-Vizepräsidentin Prof. Dr. Claudia Nothelle berichtet aus der aktuellen Arbeit der Leitbildkommission und skizziert die bisherigen Arbeitsschritte. Nach dem Beschluss der Vollversammlung vor einem Jahr hat die Leitbildkommission nach der Besetzung durch den Hauptausschuss seine Arbeit aufgenommen und sich bisher sieben Mal digital getroffen.

Nach der vergangenen Vollversammlung hatte die Leitbildkommission alle Mitglieder des ZdK gebeten, an der von der Kommission entwickelten Umfrage zu Aufgaben und Selbstverständnis des ZdK teilzunehmen. Diese Möglichkeit wurde von einem Großteil der Mitglieder genutzt (180 Rückmeldungen). Nach der Analyse der Umfrageergebnisse entwickelte die Leitbildkommission eine Gliederung und die erste Version des Leitbilds. Mit dieser abgestimmten Erstversion wurden über den Sommer 13 externe Expert*innen eingeladen und um ihre Einschätzung gebeten. Diese kamen aus der Politik, dem Journalismus, der Ökumene und weiteren Feldern. Manche von ihnen stehen dem ZdK näher, andere sind sehr kritisch. Die Anmerkungen der Expert*innen wurden in das Leitbild eingepflegt und diskutiert. Die daraufhin überarbeitete und stark gekürzte Fassung wurde via Hearings und Antragsgrünverfahren den Mitgliedern zur Diskussion gestellt und weiter überarbeitet. Ausstehende Anmerkungen auf Antragsgrün und der Vollversammlungs-Debatte werden



zeitnah in der Kommission gesichtet und beraten. Insgesamt freut sich die Kommission über die grundsätzlich positiven Rückmeldungen zum Leitbild und dankt den Mitgliedern für ihre Beteiligung. Prof. Dr. Claudia Nothelle weist auch auf die offenen Punkte hin, die in den Hearings deutlich wurden. Eine offene Flanke aus den Hearings ist die Frage der Zivilgesellschaft und die Rolle des ZdK darin ("katholische Zivilgesellschaft"). Außerdem kam in beiden Hearings die Frage auf, wie deutlich man benennen kann, dass das ZdK politische Expertise in den eigenen Reihen hat und zugleich in Politik und Gesellschaft wirken will. Die Kommission hat intensiv gerungen, hierfür eine gute Formulierung zu finden.

In der Aussprache wird zunächst über den Begriff der Zivilgesellschaft diskutiert: dieser wird einerseits als konstruktiv wahrgenommen, da er das Gestaltungs- und Transformationspotenzial (intern und extern) der Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft besser verstehbar macht. Zugleich ist er sehr weit und bleibt damit immer auch ein Stück unklar. Zweitens wird das ambigue Verhältnis des ZdK zu Politik und Gesellschaft (das ZdK versammelt Menschen daraus in sich und versteht sich zugleich als kommunikatives Gegenüber – ersteres wird in der Aussprache stärker gewichtet) diskutiert. Das geht auch mit einer strukturellen Heterogenität einher (die Mitgliedsverbände und -räte können vom ZdK unabhängig ,zivilgesellschaftlich' agieren). Das politische Agieren sei immer auch gelebter Glaube – eine Trennung dessen sei nicht sinnvoll. Drittens wird das Verhältnis der Arbeit am Leitbild zur Arbeit an der Satzung thematisiert: Beide Kommissionen sollten ihre Ergebnisse eng miteinander abstimmen. Das fertige Leitbild sollte Ausgangspunkt werden für ein Nachdenken über Strukturen. Viertens wird in einem Wortbeitrag der Katholikentag als ,Premiumprodukt' des ZdK in seiner Bedeutung hervorgehoben, was sich stärker im Leitbild niederschlagen könnte.

ZdK-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Söding berichtet danach aus der aktuellen Arbeit der Satzungskommission. Er stellt die Grundsituation der Reformbedürftigkeit dar und erläutert den Auftrag und die Arbeitsweise der Satzungskommission. Prof. Dr. Söding benennt zentrale Aspekte der Vorschläge der Satzungskommission und verweist auf die kritischen Punkte der Vorschläge.

In der anschließenden Aussprache wird v. a. die vorgeschlagene Reduktion der Mitgliederzahl und der Vollversammlungs-Frequenz kontrovers diskutiert: Einige Mitglieder äußern sich positiv zum erkannten Veränderungsbedarf bzw. den konkreten Vorschlägen. Andere äußern Kritikpunkte: Die doppelte Reduktion könnte, auch vor dem Hintergrund der wahlbedingten Fluktuation der Mitglieder, die Vernetzung und die Arbeitsfähigkeit verschlechtern; das verbleibende Ehrenamt würde stärker belastet. Die Ehrenamtsfreundlichkeit in der Satzung sei insgesamt zu prüfen. Auch könnte die im Leitbild beschriebene Repräsentativität und die demokratische Struktur der ZdK-Vollversammlung durch die Verkleinerung einbüßen; es brauche hier Transparenz und Sensibilität, auch im Hinblick auf den Hauptausschuss. Eingesparte Kosten durch die



Reduktionen würden auf die Säulen verlagert, die sich untereinander intensiver organisieren müssen. Um Vertreter*innen aus Wirtschaft und Politik für das ZdK zu gewinnen, bräuchte es mehr als 30 Mandate für Einzelpersönlichkeiten, fordert ein Mitglied. Ein anderes fordert eine "gerechte" (i.S.v. proportionale) Verkleinerung. Der inhaltliche Zuschnitt der vier Hauptfelder (Sachbereiche) wird teilweise angefragt (v.a. "Wirtschaft und Gesellschaft" wird als zu umfassend für einen SB wahrgenommen). Die Mandatsverteilung in der AGKOD und die Vertretungsregelung müssten sensibel ("personalisiert") durchdacht werden, v.a. im Hinblick auf kleine Verbände (ohne eigene Delegierte). Dieser Teil sei aus dem ZdK-Statut rauszuhalten und intern durch die AGKOD zu klären. Vor dem Hintergrund dieser Kritik fordert ein Mitglied eine "moderate" Verkleinerung.

Mehrfach werden gemeinsame Sitzungen der Leitbild- und Satzungskommission gefordert. Ein Mitglied fragt nach der ehrlichen Motivation für die vielen Veränderungen – sollte diese eigentlich eine finanzielle sein, gelte es kritisch beim VDD anzufragen. Finanzielle Einsparungen könnten auch durch günstigere Tagungsräume (z.B. in Schulen, Universitäten, Landvolkshochschulen) geleistet werden, so das Votum eines Delegierten. Die Möglichkeit einer Unvereinbarkeit des ZdK-Mandats mit bestimmten politischen Positionierungen wird begrüßt, jedoch ist hier die Rechtstaatlichkeit sensibel im Blick zu halten. Das passive Wahlrecht ins Präsidium sollte ggf. auf Nicht-Mitglieder erweitert werden, wird teilweise gefordert. Die Namensfrage sei im Hinblick auf die Migrationsgesellschaft/-kirche gestellt – "deutsch" nicht mehr zeitgemäß; hier wird auch auf die muttersprachlichen Gemeinden verwiesen.

Antrag 1 "Erhöhung der Anzahl der Delegierten aus dem Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprachen und Riten" wird von Agnieszka Piotrowski vorgestellt. Nach einer breiten Aussprache, in der deutlich wird, dass eine proportionale Erhöhung der Vertreter*innen des Bundespastoralrats wünschenswert sei, wird der Antrag mit großer Mehrheit zur Behandlung in die Satzungskommission verwiesen. Nach der Aussprache wird der Antrag mit großer Mehrheit an die Satzungskommission verwiesen.

Top 10 Verschiedenes

Zum Ende der Versammlung dankt Präsidentin Dr. Stetter-Karp allen, die zum Gelingen der Vollversammlung beigetragen und sich an verschiedenen Stellen eingebracht haben. Ein besonderer Dank geht an Generalsekretär Marc Frings und sein Team für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung. Sie lädt zur nächsten Vollversammlung am 28. und 29. Mai 2024 in Erfurt ein und schließt die Vollversammlung.



Dr. Irme Stetter-Karp Präsidentin Marc Frings Generalsekretär



Anlagen

Bericht zu TOP 3 Katholikentag

Katholikentage der Zukunft - Bericht der AG Katholikentage und Großveranstaltungen

Ich möchte Ihnen berichten, was wir seit der vorletzten Vollversammlung im Herbst 2022 in Ihrem Auftrag erarbeitet haben. Wir, das sind mit mir gemeinsam die Kolleg*innen der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen Charlotte Dietrich, Jonas Kötter-Hagedorn und Niklas Krieg.

1. Auftrag und Ziel der Workshopreihe "Katholikentage der Zukunft"

Ausgangspunkt unserer Arbeit war Ihr Beschluss zu den Deutschen Katholikentagen, der im Hauptausschuss des ZdK am 27. Januar 2023 verabschiedet wurde. Ich zitiere: "Katholikentage werden als bundesweite kirchliche Großereignisse in Deutschland weiterhin in einem regelmäßigen Rhythmus durch das ZdK geplant und durchgeführt. Es findet eine intensive und partizipative Auseinandersetzung mit dem Format des Katholikentags statt, welches moderner, generationengerecht und an die Entwicklungen der Zeit angepasst wird. Insbesondere wird das Ziel der Veranstaltung beschrieben, die Zielgruppe festgelegt und Formate, die dieser gerecht werden, entwickelt."

Ihr Auftrag an uns war also:

- Katholikentage werden als regelmäßig stattfindende Großereignisse beibehalten
- Es soll eine partizipative Auseinandersetzung mit dem Format geben daraus haben wir die Idee der deutschlandweiten Workshops für alle ZdK-Säulen erarbeitet.
- Der Rhythmus in Hinblick auf Aufwand, Finanzierung und Teilnehmer*innenzahl überprüft werden – das wurde in den Workshops diskutiert
- Das Format soll moderner, generationengerechter, zeitgemäßer werden das wurde in den Workshops ebenfalls diskutiert und mit verschiedenen Methoden behandelt

Die Workshop-Reihe erstreckte sich zeitlich bis dicht an die Vorbereitungszeit für diese Vollversammlung.

2. Durchführungsbericht

Es gab Anmeldungen insgesamt 126 Anmeldungen und 32 Absagen. 17 Personen erschienen nicht. Darunter waren 26 Anmeldungen für die digitale Teilnahme, 6 Absagen. 9 angemeldete Personen nahmen nicht digital teil.

Die Workshops fanden in Münster, München, Berlin, Düsseldorf und Köln statt. Die Veranstaltungen in Stuttgart und Frankfurt wurden wegen geringer Anmeldezahlen bzw. hoher Absagezahlen abgesagt.

54 Anmeldungen kamen aus den Diözesanräten, 4 von den Einzelpersönlichkeiten, 68 aus der AGKOD.



Allgemeine Beobachtungen

o Kommunikationsbedarf

Die Workshops waren neben den inhaltlichen Ergebnissen auf der Ebene des persönlichen Kennenlernens und der Annäherung im Netzwerk von ZdK und Katholikentag sehr dienlich. Die Workshops waren eine erfolgreiche direkte Schnittstelle zum Austausch.

o Katholikentag als komplexe Veranstaltung

Die Workshops haben deutlich gemacht, dass die Vorstellungen von und Ansprüche an den Katholikentag sehr heterogen und teils widersprüchlich sind. Die Komplexität und der Facettenreichtum der Veranstaltung wurden deutlich, sodass Änderungsvorstellungen komplexe Folgen haben, die es abzuwägen gilt.

Behandelte Themenfelder:

Ich nenne im Folgenden die Themen, Ideen und Vorschläge die häufig genannt wurden. Selten oder nur einmalig genannte Themen lasse ich hier aus Zeitgründen weg.

A Form und Marke Katholikentag

Sehr häufig wurde die Namensänderung des "Katholikentags" bzw. z.B. "103. Deutscher Katholikentag Erfurt" thematisiert und gefordert. Hier wurden sowohl die männliche Formulierung als auch der Deutschlandbezug, der sich semantisch gewandelt hat, kritisch hinterfragt. Der Markenname allgemein sei zudem aus Marketingsicht zwar sehr tradiert, aber nicht ausreichend attraktiv.

Häufig wurde die dauerhafte Zusammenlegung von DEKT und KT zur ausschließlichen Durchführung ökumenischer Kirchentage gefordert, was allerdings dem von Ihnen gefassten oben zitierten Beschluss eindeutig zuwiderlaufen würde.

Mehrfach wird eine alternierende Durchführung von bundesweiten und regionalen Katholikentagen für sinnvoll erachtet.

B Zusammenarbeit zwischen Katholikentag und ZdK-Stakeholdern

Ein zentrales Thema bei den Workshops bildete die Frage nach der Zusammenarbeit von Verbänden, Organisationen und Diözesanräten mit der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen im ZdK sowie der jeweiligen Geschäftsstelle des Katholikentags. Neben vielen positiven Aspekten der Zusammenarbeit und einer hohen Anerkennung für die Beiträge auf beiden Seiten gab es dabei konkrete kritische Rückmeldungen. In mehreren Workshops wurde deutlich, dass einzelne Prozesse, konkrete Vorgaben und Entscheidungen, aber auch die Auswahl von Gremienmitgliedern des Katholikentags selbst als intransparent wahrgenommen werden. Daneben wurde auf verschiedene Erschwernisse hingewiesen, etwa die langen Vorlaufzeiten in der Planung (z.B. beim Bewerbungsverfahren für das Programm oder die Anmeldung für die Kirchenmeile), als zu kurz wahrgenommene Rückmeldefristen oder konkrete Finanzfragen (z.B. Standgebühren auf der Kirchenmeile).



C Zielgruppen

Sowohl in einer methodischen Einheit zur Schwachstellenanalyse als auch in einer Einheit zu den Zielen der Katholikentage der Zukunft wurden die Zielgruppen als wichtiger Faktor erörtert. Dabei wurde deutlich herausgearbeitet, dass die zwei Zielgruppen "Junge Menschen" und "Familien" stärker in den Fokus gerückt werden müssen.

Hierfür braucht es eine Klärung, inwieweit vergünstigte bzw. spezifische Ticketpreise angeboten werden können, da die momentane Ticketpreis-Gestaltung als sehr großes Hindernis für diese beiden Zielgruppen wahrgenommen wird. Gleichzeitig wurde deutlich, dass hier auch die Attraktivität des Programms für diese Zielgruppen gezielter untersucht werden muss.

Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Frage, wie eine bessere Öffnung und Wahrnehmung für/durch das säkulare Umfeld ermöglicht werden können. Hier wurde die Kirchenmeile in ihrer öffentlichen Zugänglichkeit ohne Ticket als wichtiger Faktor benannt – ebenso wichtig ist aus Sicht vieler Teilnehmenden die Frage, ob weitere KT-Angebot auch ohne Ticket bzw. möglichst niedrigschwellig zugänglich gemacht werden können. Damit in Verbindung stand auch die Frage nach Öffentlichkeit der jeweiligen Stadt und Region.

D Organisation optimieren

Durch die kritische Auseinandersetzung mit den Vorbereitungsprozessen wurden viele Anfragen gestellt:

Mehrfach wurde angefragt, inwiefern ein laufendes Qualitätsmanagement die Prozesse begleitet und stetig optimiert. Welche Statistiken und Kennzahlen nutzt der Katholikentag? Inwiefern werden durch Befragungen von Teilnehmenden, Mitwirkenden und Helfenden Daten erhoben? Inwiefern werden auf strategischer wie operativer Ebene Ziele formuliert?

lst es ggf. sinnvoll, ein Leitbild zu entwickeln, dass die eingangs beschriebenen Funktionen des Katholikentags als Selbstverständnis festhält, grundlegende Ziele formuliert und in seiner Entwicklung für Rollenklärung sowie Identifikation sorgt?

E Programm

Für den großen Bereich Programm wurden unterschiedliche Teilbereiche thematisiert, so dass Sie diese zur besseren Übersichtlichkeit hier einzeln aufgeführt finden.

<u>Großgottesdienste:</u> Rund um die beiden Großgottesdienste (am KT-Donnerstag und -Sonntag) wurde kritisch angefragt, ob Inhalt und Form weiterhin zeitgemäß sind und hier nicht innovativer agiert werden sollte. Dabei wurde auch hinterfragt, wer in der Gestaltung die eigentliche Zielgruppe sei: die Menschen, die vor Ort mitfeiern, oder die Menschen, die vor dem TV/via Internet mitfeiern. Hier wurde als deutliche Diskrepanz spürbar, dass eine Gottesdienstgestaltung, die das Fernsehpublikum mitzudenken hat, von den von Ort Mitfeiernden oft nicht als ansprechend/gelungen wahrgenommen wird.

<u>Umgang mit prominenten Persönlichkeiten:</u> Hier schieden sich die Geister: von vielen wurde der momentane Umgang mit prominenten Persönlichkeiten und Bischöfen kritisch



kommentiert, wohingegen andere es bedauerten, dass es dem Katholikentag durch seine "keine-Gage-Politik" nicht gelingt, große Prominenz ins Programm zu holen.

<u>Prägung durch Bistum und Region:</u> Um dem Vorwurf/Effekt vorzubeugen, dass der Katholikentag nur als kurzfristig gelandetes Ufo in der jeweiligen KT-Stadt wahrgenommen wird, war ein großes Anliegen, wie das gastgebende Bistum, die Region und Stadt ihren Katholikentag stärker und für Auswärtige deutlich wahrnehmbarer prägen können. Damit verbunden ist auch der Wunsch, dass der Katholikentag eine spürbare Nachhaltigkeit für das gastgebende Bistum, die Region und Stadt entwickeln kann.

<u>Formate:</u> Hinsichtlich der Formate wurde sich vielfach eine größere Bereitschaft und mehr Mut zu innovativen und neuen Formaten gewünscht.

<u>Begegnung fördern:</u> Begegnungen zu ermöglichen wurde mehrfach als wichtiges Element des Katholikentags benannt – um Begegnungen vermehrt zu fördern (neben den bestehen Orten wie Kirchenmeile, etc.) wurden sich explizite Formate und Orte hierfür gewünscht.

<u>Digitalisierung:</u> Eine kontinuierliche Ausweitung des digitalen Programmangebots wird als wichtig erachtet.

(politische) Botschaft und Leitwort: Um sich auch weiterhin als zivilgesellschaftlich relevanter Partner zu positionieren/zeigen, wurde die Relevanz einer (politischen) Botschaft des Katholikentags hervorgehoben. Ebenso wurde der Wunsch geäußert, dass der Katholikentag stärker als "runde Einheit" wahrgenommen und entsprechend konzipiert werden sollte – beispielsweise durch einen roten Faden oder eine stärkere Prägung durch das Leitwort. Zu erwähnen ist hier aber auch, dass das Leitwort auch mehrfach kritisch angefragt wurde.

<u>Konzentration des Programms:</u> Hier wurden zwei divergierende Positionen ins Wort gebracht: Auf der einen Seite wurde für eine deutliche Schwerpunkt-Setzung des Programms und damit für eine starke thematische Fokussierung geworben, auf der anderen Seite wurden die Vorteile einer thematischen Breite und Vielfalt im Programm formuliert.

<u>Qualitätsmanagement:</u> Es wurde mehrfach und deutlich der Wunsch nach einem (verbesserten) Qualitätsmanagement geäußert, gerade auch hinsichtlich der Kriterien der Programmgestaltung, Veranstaltungsauswahl und der gesamten Abläufe.

F Kirchenmeile

In allen Workshops wurde die Kirchenmeile als ein wesentlicher und zentraler Ort des Katholikentags beschrieben, an dem die ganze Vielfalt der katholischen Kirche in Deutschland sichtbar wird. In den Workshops wurde allerdings auch deutlich, dass die Kirchenmeile einer Transformation unterliegt. In Zeiten immer knapper werdender finanzieller und personeller Ressourcen ist die Konzeption und Betreuung eines Zeltes auf der Kirchengemeinde für viele Gruppierungen ein zunehmender Kraftakt. Bereits für Erfurt ist ein Rückgang an Ständen zu beobachten, wenngleich noch nicht von einem Trend gesprochen werden kann. In den Workshops bestand Einigkeit darüber, dass die Kirchenmeile auch in Zukunft erhalten bleiben soll. Damit dies gelingt, und die Kirchenmeile auch in den kommenden Jahren nicht an Attraktivität verliert, wäre es jedoch ratsam, Konzept und Ziele genauer zu definieren. Ein wesentlicher



Aspekt ist dabei die Frage nach der Zielgruppe. Die Kirchenmeile bietet ein besonderes Potential für eine gute Zusammenarbeit, das meint zum einen gemeinsam konzipierte Präsentationen, zum anderen aber auch eine gute Abstimmung der Themen und Angebote auf der Kirchenmeile.

G Marketing

Es wurde mehrfach der Wunsch vorgeschlagen, den Haushaltsposten für Marketingmaßnahmen zu erhöhen und Kooperationen mit entsprechenden Medien, Buchungsportalen und weiteren strategischen Partnern anzustreben.

Unterschieden werden kann dabei zwischen dem Direktmarketing und dem Multiplikatorenmarketing in die Säulen des ZdK sowie der verfassten Kirche. Bei letzterem gilt zu prüfen, welche Strukturen genutzt werden können und welche Dienstleistungen (Bsp. Vorlagen) sinnvoll sind.

3. Konkrete Empfehlungen / Nächste Schritte

Wegen der zeitlichen Nähe des Endes der Workshopreihe zur Vorbereitung auf diese VV war es zeitlich noch nicht möglich, die Ergebnisse in Rücksprache mit dem Präsidium aufzubereiten und konkrete Handlungsvorschläge vorzulegen. So erfolgt an dieser Stelle dieser Zwischenbericht. Die Vorschläge für einen Maßnahmenkatalog werden der Vollversammlung auf der VV im Mai 2024 vorgelegt werden.

Gleichzeitig sind einzelne Maßnahmen aber bereits für den Katholikentag in Erfurt und für den Katholikentag in Würzburg in der Umsetzung beziehungsweise in Vorbereitung und Planung.

Für Erfurt wurden bereits sehr konkrete und weitreichende Reformschritte eingeleitet. Dazu gehörten eine stärkere Konzentrierung und Profilierung durch eine Senkung der Veranstaltungszahl und eine Anhebung der Qualitätskriterien, eine stärkere Zwischenbewertung und eine stärkere Öffnung zu zivilgesellschaftlichen, nichtkirchlichen Organisationen in den verschiedenen Phasen der Vorbereitung, Planung und Durchführung; professionelle Unterstützung, beispielsweise in Form von Webinaren.